

3/21 abgelehnt

Dringlichkeitsantrag

von den unterzeichneten GemeinderätInnen
Daniela Böckl, Sonja Rappl und Peter Lauppert

gemäß § 46 Abs.3 NÖ Gemeindeordnung 1973

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt die Aufnahme des Verhandlungsgegenstandes „Resolutionsantrag an die Bundesregierung zur Beendigung der Vergabe weiterer öffentlicher Kredite an Griechenland, der damit einhergehenden Destabilisierung der österreichischen Staatsfinanzen und der sich daraus ergebenden vorhersehbaren radikalen Verschlechterung der budgetären Situation österreichischer Städte im Allgemeinen und jener Deutsch-Wagrams im Besonderen“ in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 27. Juni 2011.

Begründung und Dringlichkeit:

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen der Budgetkrise Griechenlands ist zum heutigen Tag absehbar, dass Griechenland mittelfristig weder die enormen angehäuften Verbindlichkeiten begleichen kann, noch in der Lage sein wird all jene Maßnahmen umzusetzen, die (teils bereits beschlossen) zu einer nachhaltigen Sanierung des öffentlichen Haushaltes führen.

Namhafte Ökonomen sehen zum heutigen Zeitpunkt keine Alternative zu einer Umschuldung der griechischen Staatsschuld mit Haircut. Ein unnötiges Hinauszögern bedeutet lediglich ein noch höheres Engagement der öffentlichen Hand und positive Sanktionierung „wirtschaftlich falschen Handelns“.

Die österreichische Bundesregierung hat wie auch andere Regierungen Europas das Problem bisher nicht nur vor sich hergeschoben, statt es zu lösen, sondern explizit gegen Art. 125 AEU-Vertrag verstoßen. Dieser Resolutionsantrag soll dazu beitragen der Bundesregierung deutlich zu signalisieren, dass die Bevölkerung eine nachhaltige Lösung im Sinne der Bürger verlangt und nicht das kurzfristige Überleben politischer Entscheidungsträger oder das Bedienen von Interessen von Finanzlobbies im Zentrum der Überlegungen stehen darf.

Deutsch-Wagram, 27. Juni 2011

